

Information und Aufklärung sind die zwei Hauptanliegen der Kritiker von TTIP und CETA. Denn die Freihandelsabkommen sollen zwar sehr viele Freiheiten für Unternehmer bringen, aber werden bis jetzt geheim verhandelt. Das lässt in den Augen vieler Nichtregierungsorganisationen und Oppositionsparteien nichts Gutes für die Bürger in Europa und in Nordamerika erwarten.



Die Gegner von TTIP und CETA bei einer ihrer zahlreichen Protestaktionen, hier in Berlin

Foto: »Die Auslöser«

Eine Million zum Sechzigsten

Bündnis »Stopp TTIP« übergab Unterschriften an Kommissionschef Juncker

Ein ganz besonderes Geschenk erwartete Jean-Claude Juncker zu seinem 60. Geburtstag. Dienstagmittag veranstaltete das Bündnis »Stopp TTIP« vor seinem Amtssitz, dem Hauptgebäude der EU-Kommission in Brüssel, eine Feier für ihn, standesgemäß mit einer Torte – und mit einer Million Unterschriften. Die sind jedoch keine persönlichen Glückwünsche an den Luxemburger, die er sicherlich ebenfalls zahlreich auf anderem Wege erhalten hat. In den Papierstapeln von »Stopp TTIP« drücken dagegen Bürger aus mehreren EU-Ländern ihre Absage an die Freihandelsabkommen zwischen Europäischer Union und den USA sowie Kanada aus.

»Mehr als eine Million Menschen in der EU sorgen sich um die Zukunft der Demokratie. Sie sorgen sich um die Verbraucherschutz- und Umweltstandards, die in vielen Ländern Europas in Jahrzehnten erstritten wurden, und beteiligen sich jetzt aktiv, um sie zu schützen«, erklärte dazu Roland Süß, Sprecher von »Stopp TTIP«. Das Bündnis, dem fast 300 Nichtregierungsorganisationen in ganz Europa angehören – aus Deutschland unter anderem Attac, Campact, Friends of the Earth oder Mehr Demokratie e.V. – will die Freihandelsabkommen mit einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) verhindern. Die wurde jedoch von der EU-Kommission im September abgelehnt. Damals war noch José Manuel Barroso Präsident der EU-Behörde. Das Verhandlungsmandat zu TTIP sei kein Rechtsakt, sondern ein interner Vorbereitungsakt, hieß es zur Begründung. Diesen könne eine Bürgerinitiative nicht anfechten. Eine EBI dürfe zudem nur den Abschluss, nicht die Verhinderung internationaler Verträge einfordern.

Das Bündnis akzeptierte dies nicht. Es erhob Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) und setzte eine Unterschriftensammlung als »selbstorganisierte EBI« in Gang. Nach eigenen Angaben haben jetzt bereits 1 101 539 EU-Bürger aus sieben Ländern (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Österreich, Slowenien, Luxemburg, Finnland) den Aufruf gezeichnet. Damit hat »Stopp TTIP« zwei wichtige formale Anforderungen an eine EBI nach EU-Vorschriften erfüllt. Das Bündnis verlangt deshalb nun auch von der EU-Kommission und damit von Juncker, die EBI doch zuzulassen sowie offiziell Stellung zu ihren Forderungen zu beziehen und für eine Anhörung im Europäischen Parlament zur Verfügung zu stehen. »Herr Juncker muss jetzt zeigen, dass die Demokratie auf EU-Ebene funktioniert und das Allgemeinwohl sich gegenüber wirtschaftlichen Interessen behaupten kann«, so Süß. Juncker selbst ließ sich bei dem Geburtstagsständchen jedoch nicht blicken.

Unterdessen wurde bekannt, dass Spitzenvertreter der EU und der USA zu einer Bestandsaufnahme zusammengekommen sind, um die nächste TTIP-Verhandlungsrunde Anfang Februar 2015 vorzubereiten. Dabei habe EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström die Absicht bekräftigt, die Verhandlungen in ein ehrgeiziges Abkommen mit hohen Standards münden zu lassen.

Katja Herzberg

Dracula-Strategie gegen Freihandel

Konferenz der Linksfraktion im EU-Parlament zu TTIP und CETA

Es gehe um nicht weniger als die Frage, »wie wir unser Leben gestalten wollen«, so Gabi Zimmer, Vorsitzende der GUE/NGL, bei einer Konferenz zu den transatlantischen Freihandelsabkommen in Brüssel.

Von Haidy Damm, Brüssel

»Auch wenn es politisch so aussieht, es geht nicht gut voran.« Die Worte von Cécile Toubeau zum Stand der Verhandlungen des Freihandelsabkommens zwischen Europäischer Union und Vereinigten Staaten (TTIP) könnten beruhigen. Doch Toubeau von Transport und Environment, der Dachorganisation der nichtstaatlichen europäischen Organisationen aus dem nachhaltigen Verkehrsbereich, spricht vor einem ganzen Saal voller scharfer Kritiker des Vertrages, der die weltgrößte Freihandelszone bedeuten würde.

Seit über einem Jahr verhandelt die EU-Kommission mit den USA über TTIP. »Bisher hat es noch keine Einigung gegeben in den verhandelten Bereichen Marktzugang, öffentliche Dienstleistungen und Beseitigung von Handelshemmnissen«, berichtet Cécile Toubeau, die auch Mitglied der Beratungsgruppe für die EU-Kommission ist, bei einer Konferenz der

Linksfraktion im EU-Parlament (GUE/NGL). Von einem fertigen Vertragstext sind beide Seiten also noch weit entfernt, auch wenn wiederholt verkündet wird, die Verhandlungen bereits 2015 abschließen zu wollen.

Umso wichtiger scheint der wachsende Widerstand zu werden und die Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren. »TTIP ist ein gefährliches Biest«, erklärte Susan George vom Transnational Institute in Amsterdam. Getreu diesem Bild sei die wichtigste Aufgabe für den Protest: »Lasst uns den Vampir ans Licht zerren, dann wird er sterben.« Diese »Dracula-Strategie« hatte offenbar bereits in Kanada Erfolg. Laut einer Umfrage zum Abkommen des nordamerikanischen Staates mit der EU namens CETA änderten die meisten Befragten ihre Meinung, nachdem sie mehr Informationen hatten.

Wie bei CETA fürchten viele auch bei TTIP den Investitionsschutz. Über Investor-Staat-Streitbelegungsverfahren (ISDS) sollen Unternehmen das Recht bekommen, Staaten aufgrund von Einkommensverlusten infolge politischer Entscheidungen zu verklagen. Weder werden diese Klagen in der Öffentlichkeit verhandelt noch gibt es die Möglichkeit, Berufung einzulegen. Nicht einmal ein

ordentliches Gericht wird angehört. Ein akkreditierter Schiedsrichter, auf den sich beide Seiten vorher geeinigt haben, hat hier den Vorzug.

Beispiele zeigen, wohin es damit gehen könnte: Ecuador wurde auf 1,7 Milliarden US-Dollar verklagt, nachdem die Regierung einen Vertrag mit dem Unternehmen Occidental Petroleum gekündigt hatte. Gegen Deutschland klagt der schwedische Stromkonzern Vattenfall wegen ausfallender Gewinne durch den Atomausstieg. In Australien führt der Tabakriesen Phillip Morris eine Milliarden-Dollar-Klage, weil der Staat Zigarettschachteln ohne Markenlogo halten will. »Diese Verfahren werden mit CETA und TTIP zunehmen«, ist sich Susan George sicher.

Die EU-Kommission reagierte mit einem vorübergehenden Moratorium zu diesem Punkt. Die neue EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, die derzeit zu Gesprächen über die Freihandelsabkommen in Washington weit, hat aber bereits angedeutet, dass sie in TTIP vielleicht auf diese Investorenrechte verzichten würde, auf keinen Fall jedoch im bereits verhandelten Abkommen zwischen der EU und Kanada. Ein solcher Schritt würde angesichts der bestehenden Verflechtungen zwischen kanadi-

schen und US-amerikanischen Unternehmen allerdings im Sande verlaufen. US-Firmen könnten den Umweg über das Abkommen mit Kanada wählen. Kritiker befürchten langfristig zudem, dass Staaten angesichts der Bedrohung durch Schiedsgerichte politische Entscheidungen ändern oder gar nicht erst fällen.

Um den direkten Einfluss auf Regierungen geht es auch bei der verhandelten Kooperation von Regularien und Richtlinien. Laut einem geleckten EU-Papier sollen Konzerne die

»TTIP ist ein gefährliches Biest.«

Susan George, Transnational Institute

Möglichkeit erhalten, nach einem »Frühwarnsystem« bereits vor der Verabschiedung von Richtlinien informiert zu werden, um ihre Sicht der Dinge darzustellen. Auch bestehende Richtlinien könnten so auf den Prüfstand kommen. Demnach hätten die US-Regierung und Unternehmen in Zukunft umfassende Möglichkeiten, auf Gesetzgebungsverfahren Einfluss zu nehmen – lange bevor Parlamente

entsprechende Dokumente überhaupt zu Gesicht bekämen. »Damit ist die Demokratie gefährdet«, so Kenneth Haar von der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory.

Auch die Absenkung von sozialen, arbeitsrechtlichen und Umweltstandards stehen nach Ansicht der Kritiker weiter zur Debatte. So befürchten Gewerkschaften die weitere Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und die Absenkung von Arbeitsrechten. In der Agrarwirtschaft könnten zwei Millionen europäische Landwirte ihre Höfe verlieren. Es ist zudem weiterhin nicht ausgeschlossen, dass öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden. Dennoch gehe es nicht um einzelne Bestandteile, »der Vertrag muss vollständig abgelehnt werden«, so Susan George.

Dazu sind als nächstes die nationalen Parlamente und das EU-Parlament gefragt. Denn bei TTIP und CETA handelt es sich um sogenannte gemischte Abkommen, denen die Volksvertretungen zustimmen müssen. Als erstes muss dies für CETA geschehen. »Das wird ein Testfall für das neue Europa-Parlament«, meint dazu der Europaabgeordnete der LINKEN, Helmut Scholz. Und: »2015 wird ein entscheidendes Jahr für die Verhandlungen.«

Der Widerstand in den USA wird stärker

Verbraucherschützerin Melinda St. Louis über Kritik und Besorgnis gegenüber Freihandel in den Vereinigten Staaten



Melinda St. Louis engagiert sich in der US-amerikanischen Verbraucherorganisation Public Citizen gegen TTIP und andere Freihandelsabkommen. Sie ist studierte Verwaltungswissenschaftlerin und lebte bereits mehrere Jahre in Nicaragua und El Salvador. Bei der Konferenz der GUE/NGL informierte sie sich über den anhaltenden Protest gegen TTIP in Europa. Am Rande der Veranstaltung sprach mit ihr für »nd« Haidy Damm.

Foto: Public Citizen

Dabei geht es um das Verfahren, mit dem Präsident Barack Obama versucht, die Entscheidung über Freihandelsabkommen an sich zu ziehen. Damit bleibt dem Kongress nur noch die Zustimmung oder Ablehnung. Dagegen gibt es eine breite Bewegung, wir haben innerhalb kurzer Zeit über eine Million Unterschriften gesammelt. Das Ziel ist auch, den Verhandlern in Europa über die Ablehnung des Fast-Track-Verfahrens deutlich zu machen, dass ihre Ergebnisse nicht dem Willen der Bevölkerung entsprechen.

Stehen auch einzelne inhaltliche Punkte des Abkommens in der Kritik?

Einerseits wächst die generelle Kritik an der Macht der Konzerne. Andererseits beobachten beispielsweise die Verbraucherorganisationen TTIP sehr genau. Sie haben sich etwa bei der Kennzeichnungspflicht für Genpflanzen in den vergangenen Jahren

positiv auf die Regelungen in Europa bezogen. Damit konnten immerhin in einigen Staaten Verbesserungen erreicht werden. Das sehen sie jetzt in Gefahr.

Bei der Konferenz der Linksfraktion GUE/NGL wurde besonders der Investorenschutz kritisiert.

Die Schiedsgerichtsverfahren haben in den vergangenen Jahren hauptsächlich Kanada getroffen. Die USA haben dagegen noch kein einziges Verfahren verloren, soweit wir wissen. Auch das zeigt, wie politisch diese Verfahren sind. Und es ist nur eine Frage der Zeit, wann US-Konzerne europäische Staaten verklagen, sei es nun über TTIP oder über CETA, denn viele Unternehmen haben Töchtergesellschaften in Kanada.

In den USA gibt es seit 20 Jahren Erfahrungen mit dem Freihandelsabkommen NAFTA. Wie bewerten Sie diese in Bezug auf TTIP?

Bei diesem Abkommen wurde uns ähnlich wie bei TTIP im Vorfeld das Blaue vom Himmel versprochen: Wachstum, jährlich 200 000 neue Arbeitsplätze, höhere Löhne ... Die Löhne sind aber gesunken, die Jobs sind prekärer geworden, Fabriken wurden geschlossen, die Arbeitslosigkeit steigt. Das haben sich die Menschen gemerkt.

Wie geht es weiter?

Der Widerstand gegen den Freihandel wird auch in den USA stärker. Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Verbraucherschützer haben sich zu Koalitionen zusammenschlossen. Die Menschen sind auf verschiedenen Ebenen sehr besorgt: Öffentliche Gesundheit ist ein großes Thema und die Verschlechterungen bei den Finanzmarktregulierungen. Um gemeinsam erfolgreich zu sein, ist es nun sehr wichtig für uns, die Kontakte zu den Bürgerbewegungen in Europa auszubauen.

Wie verlaufen eigentlich die Debatten über das Freihandelsabkommen TTIP in den Vereinigten Staaten?

In den USA ist die Diskussion leider nicht so weit fortgeschritten wie in Europa, die Kritik richtet sich bisher hauptsächlich gegen andere Frei-

handelsabkommen wie NAFTA oder das transpazifische Abkommen zwischen den USA und Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Mexiko, Peru, Singapur, Malaysia, Vietnam und anderen Ländern. Wir haben daher unseren Fokus auf das sogenannte Fast-Track-Verfahren gelegt.